



China – Report

März 2024

1) Volkskongress in Peking: Wachstumsziel wird für 2024 auf 5 Prozent gesetzt

Mit einem BIP - Chinas Premierminister Li Qiang stellte im Namen des Staatsrates den Regierungsarbeitsbericht 2024 vor, der eine breite Palette von Wirtschafts- und Entwicklungszielen definiert, die das Land im kommenden Jahr verfolgen soll.

Highlights aus dem Regierungsarbeitsbericht 2024

- BIP-Wachstum von rund 5 Prozent.
- Die städtische Arbeitslosenquote soll bei etwa 5,5 Prozent gehalten werden.
- Der Anstieg der Verbraucherpreise soll bei etwa 3 Prozent gehalten werden.
- Bestehende Steuer- und Gebührenanreize werden fortgeführt bzw. optimiert.
- Die Defizitquote soll bei 3 Prozent gehalten werden; Defizit von 4,06 Billionen RMB (563,94 Milliarden US-Dollar).
- Begabe von Spezial-Staatsanleihen mit ultralanger Laufzeit: Für 2024 sind 1 Billion RMB (138,9 Milliarden US-Dollar) vorgesehen.
- Zweckanleihen lokaler Regierungen von 3,9 Billionen RMB (541,72 Milliarden US-Dollar).
- Sämtliche Zugangsbeschränkungen ausländischer Investitionen im verarbeitenden Gewerbe sollen aufgehoben werden.

2) Chinesischer Minister für Wohnen: Insolvente Immobilienentwickler müssen abgewickelt werden

Die chinesische Regierung werde alles dafür tun, den Immobilienmarkt des Landes zu stabilisieren, sagte der chinesische Minister für Wohnen und Stadt-Land-Entwicklung, Ni Hong. Sie werde dabei auch [zulassen, dass problematische Immobilienentwickler umstrukturiert werden oder bankrottgehen](#). Die Kommentare fielen am Rande der „Zwei Sitzungen“ genannten doppelten Versammlung des Volkskongresses und der politischen Konsultativkonferenz, dem größten politischen Ereignis des Jahres in China.

Die Aufgabe der Marktstabilisierung sei mühsam, doch werde die Regierung sie angehen. Auch weiterhin werden die Schwierigkeiten für den Immobilienmarkt angesichts der Schuldenkrise groß sein, doch sei für die Regierung die wichtigste Linie die Vermeidung „systemischer Risiken“, sagte der Minister in Peking.

Mit der Betonung, dass auch Pleiten von Immobilienentwicklern in Kauf genommen werden, wird deutlich, dass der chinesische Staat nicht ohne Weiteres bereit sein wird, Liquiditätsverluste der Entwickler auszugleichen. Entwickler, die insolvent seien und ihre Betriebsfähigkeiten verloren haben, müssten bankrottgehen und regelbasiert restrukturiert werden. Diejenigen, welche die „Interessen der Massen“ verletzt hätten, würden im Rahmen der Gesetze bestraft werden, führte der Minister aus.

Mit den Kommentaren bereitet Minister Ni der Abwicklung von Immobilienentwicklern den Boden. Nachdem große Entwickler wie die China Evergrande Group, die Country Garden Holdings und auch China Vanke in den



China – Report

März 2024

letzten Monaten immer größere Probleme bei der Refinanzierung und dem Verkauf von genügend Wohnungen hatten, sinken die Chancen auf staatliche Rettungsaktionen für sie weiter.

Gleichzeitig laufen allerdings parallel noch immer Bemühungen, dem Immobiliensektor Erleichterungen bei der Finanzierung über Banken einzuräumen. So wurde im Januar ein Mechanismus in Kraft gesetzt, der die Koordination zwischen Entwicklern und Finanzinstituten bei der Kreditvergabe verbessern soll. Laut Minister Ni nutzen aktuell 310 Städte in 31 Provinzen des Landes diesen Mechanismus. Mehr als 6000 Immobilienprojekte stehen auf einer amtlichen Weißen Liste für finanzielle Unterstützung durch kommerzielle Banken. Ende Februar waren mehr als 200 Milliarden Yuan an Bankkrediten für diese Projekte bewilligt.

3) China erweitert Visumfreiheit für sechs weitere Länder

Am 7. März verkündete Chinas Außenminister Wang Yi, dass Staatsangehörige der Länder Schweiz, Irland, Ungarn, Österreich, Belgien und Luxemburg ab dem 14. März 2024 visumsfrei nach China einreisen können.

Seit dem 1. Dezember 2023 und bis zum 30. November 2024 ist für Bürger aus Deutschland (sowie aus Frankreich, Italien, den Niederlanden, Spanien und Malaysia), die einen normalen Reisepass besitzen, kein Visum für die Einreise in die Volksrepublik China nötig. Dies gilt solange sie einen Aufenthalt von höchstens 15 Tagen für Geschäfts-, Tourismus-, Familienbesuchs- und Transitzwecke planen. Peking will damit vor allem seine Tourismusbranche unterstützen. Seit der Pandemie ist nicht nur die Zahl der in China lebenden Ausländer zurückgegangen, sondern auch die Zahl der Besucher aus dem Ausland.

Die Rückkehr internationaler Reisender nach China war langsamer als erwartet und bleibt weit unter dem vorpandemischen Niveau. In der ersten Hälfte von 2023 verzeichneten die chinesischen Einwanderungsbehörden insgesamt 8,4 Millionen Ein- und Ausreisen von ausländischen Staatsangehörigen. Dies war 30 Prozent niedriger, als im gleichen Zeitraum 2019. Zwar stieg im dritten Quartal 2023 die Zahl der Ein- und Ausreisen von Ausländern auf 8 Millionen, jedoch lag sie immer noch nur bei der Hälfte des gleichen Zeitraums 2019.

4) Chinesische Banken und Bezahldienste vereinfachen die Nutzung für ausländische Kunden

Die chinesische Regierung will, dass die Banken und digitalen Bezahldienste des Landes ihre Nutzung für ausländische Nutzer in China vereinfachen. Mit einer [Verordnung](#) fordert der Staatsrat, Chinas Regierungskabinett, einen vereinfachten Zugang ausländischer Passinhaber zu Bezahldiensten wie WeChat und Alipay zu schaffen. Auch die Einsatzmöglichkeiten für ausländische Kreditkarten sollen erweitert werden.

In der Verordnung schreibt der Staatsrat, dass Banken und Bezahldienste den Registrierungsprozess für ausländische Kunden vereinheitlichen sollen. Darüber hinaus sollen die Banken und andere Unternehmen mehr Möglichkeiten zum Geldwechseln schaffen, beispielsweise an Flughäfen, Häfen und in Hotels. Zahlungen mit Bargeld sollen weiterhin möglich gemacht werden.

Mit der Verordnung reagiert der Staatsrat auf Kritik insbesondere ausländischer Reisender, dass das Bezahlen in China ohne einen chinesischen Pass schwieriger geworden sei. Da Bargeldzahlungen auch in China



China – Report

März 2024

abnehmen, Online-Zahlungen oder Zahlung per Handy-Scan aber an Registrierungen gebunden sind, ist ein leichter Zugang zu Bezahldiensten insbesondere für Reisende, die über kein chinesisches Konto verfügen, essenziell.

In der Zwischenzeit haben die Banken und die Bezahldienste bereits auf die Kritik reagiert und zumindest einige Erleichterungen für ausländische Kunden und Kundinnen geschaffen. So gab Tenpay, der Betreiber von WeChat Pay, bereits bekannt, dass es den Registrierungsprozess für ausländische Nutzer vereinfacht habe. Während sich chinesische Nutzer mit ihren vollständigen Daten registrieren müssen, könnten ausländische Nutzer nun auch mit ihrer eigenen Bankkarte aus dem Ausland per WeChat in China zahlen, ohne ihre vollständige Identität registrieren lassen zu müssen.

Ebenso wurden sowohl bei WeChat Pay als auch bei Alipay die Bezahlungsgrenzen für ausländische Nutzer erhöht. Galten vorher Grenzen von 1.000 US-Dollar pro Bezahlvorgang und jährlich maximal 10.000 US-Dollar, können ausländische Kunden nun bis zu 5.000 US-Dollar pro Vorgang und bis zu 50.000 US-Dollar pro Jahr nutzen, sagten Tenpay und die Ant Group in ihren jeweiligen Mitteilungen.

5) Deutschland wirbt um Länder in Südostasien

Während in China der Volkskongress zu Ende ging, empfing Bundeskanzler Scholz Besuch von Pekings unmittelbaren Nachbarn: Am Montag Premier Anwar Ibrahim aus Malaysia, am Dienstag Präsident Ferdinand Marcos Jr. aus den Philippinen, am Mittwoch Thailands Ministerpräsident Srettha Thavisin aus Thailand – die Gästeliste im Kanzleramt folgt der neuen Asienstrategie und „lässt sich fast schon als südostasiatisches Speeddating bezeichnen“, [berichtet der Tagesspiegel](#). Aus dem Kanzleramt hieß es lediglich, man müsse im 21. Jahrhundert „mit Partnern aus aller Welt zusammenarbeiten“, um die Probleme der Welt zu bewältigen und „diese Zusammenarbeit suchen wir auch in Asien. Dementsprechend gewinnen die südostasiatischen Staaten als Partner für Deutschland weiter an Bedeutung.“

Strukturell geht es auch darum, die Abhängigkeit Deutschlands von China zu verringern und somit weitere asiatische Märkte für die deutsche Wirtschaft zu erschließen. So heißt es aus dem Kanzleramt weiter: „die Gelegenheit, den Diversifizierungs- und De-Risking-Ansatz der [China-Strategie der Bundesregierung](#) mit weiterer Substanz zu unterlegen“. Für „den Abbau einseitiger Abhängigkeiten“ und für zusätzliche Lieferketten und Rohstofflieferanten „braucht es Partnerschaften mit aufstrebenden Nationen wie denen in Asien, insbesondere den Asean-Staaten“. Daher werde die Regierung die Beziehungen „weiter intensivieren“.

So soll im Fokus mit Malaysias Ministerpräsident die Zuwanderung von Fachkräften ein Thema sein aber auch Freihandelsabkommen und Rohstoffe stehen auf der Agenda. In Malaysia haben 700 deutsche Unternehmen 63.000 Jobs geschaffen und das Land ist nach Taiwan Deutschlands zweitwichtigster Lieferant von Halbleitern, wie es in der Regierungszentrale heißt: „Die angekündigte Infineon-Investition in Malaysia ist ein gutes Beispiel der Diversifizierung unserer Partnerschaften.“

Der philippinische „Präsident Marcos hat Deutschland mehrfach als Vorbild für sein Land herausgestellt und sein besonderes Interesse an einer Kooperation geäußert“, so die Einschätzung vorab: „Wir streben einen



China – Report

März 2024

Ausbau der bilateralen Zusammenarbeit insbesondere im Bereich der Fachkräftemigration (Planung Migrations- und Mobilitätspartnerschaft), Rohstoffe (Nickel) und Klimaschutz an.“

Thailand wiederum, wo 600 deutsche Firmen aktiv sind und zu einem jährlichen Handelsvolumen von zuletzt 14 Milliarden Euro beitragen, gilt als nicht weniger attraktiv. „Die Verhandlungen zu einem [Freihandelsabkommen](#) zwischen der EU und Thailand und der OECD-Beitrittsprozess machen den Standort für die Diversifizierung unserer wirtschaftlichen Beziehungen noch interessanter“, lautet die interne Empfehlung an Scholz vor seinem Gespräch am Mittwoch.

Generell ist das Ziel weniger wirtschaftlich von China abhängig zu sein, nicht eine völlige Abkehr von Peking, wie die Pläne des Bundeskanzlers Scholz zeigen, der schon im April zu einem zweiten Staatsbesuch nach China reisen wird. Seinen ersten Besuch hatte er im November 2022 absolviert, nachdem er sich für die Beteiligung des **chinesischen Staatsunternehmens Cosco an einem Terminal des Hamburger Hafens ausgesprochen hatte**. Vor Scholz' Reise verkündete das Bundeswirtschaftsministerium, dass Cosco mit 24,9 Prozent beim Containerterminal Tollerort am Hamburger Hafen einsteigt. Zuvor war eine Beteiligung von 35 Prozent im Gespräch gewesen.

6) **Debatte: Gesellschaftliche Potenziale und Risiken des privaten Landverkaufs in Chinas ländlichen Regionen**

Unter dem unaufgeregten Namen „Baishun Farmers Property“ bietet Zhang Ming per WeChat Land und Häuser in der ländlichen Umgebung Shanghais zum Verkauf an und hat jederzeit über 400 Angebote. Was in anderen Ländern keine Nachricht wert wäre, ist in China spannend, denn er bewegt sich im halb-legalen Rahmen eines grauen Marktes. Seit der Gründung der Volksrepublik China war der Verkauf von Land in den ländlichen Regionen verboten, seit der letzten Landreform von 1978 ist er nur in limitiertem Rahmen innerhalb der Dorfgemeinschaft möglich. Dabei hätte eine Öffnung des Immobilienmarktes auf dem Land riesige Potenziale nicht nur zur Verringerung der Kluft zwischen Stadt und Land, sondern auch zur Belebung des chinesischen Immobilienmarktes insgesamt, argumentieren Reformbefürworter. Innerhalb der chinesischen Wissenschaft und Politik wird die [Debatte](#) wieder aktuell, wie die South China Morning Post zusammenfasst: Welche Chancen und Risiken würde eine Öffnung des Immobilienmarktes in den ländlichen Regionen bringen? Und welche Aussichten auf Umsetzung hat eine neuerliche Reform?

Auf der einen Seite stehen die Argumente der Befürworter einer Öffnung. Zunächst einmal argumentieren diese mit der verlorenen Wertschöpfung aktuell ungenutzten Bodens. Durch die Migration großer Teile der ländlichen Bevölkerung vom Land in die Städte sind viele Felder verwaist. Mit einer freien Übertragung an Privatpersonen und Unternehmen würden die Chancen steigen, dass ungenutztes Land wieder bestellt wird.

Darüber hinaus wird auch im größeren Rahmen argumentiert, dass ein Bodenverkauf in Chinas ländlichen Regionen Finanzmittel freisetzen würde, die der gesamten Volkswirtschaft zugutekämen. So sagte beispielsweise Meng Xiaosu, ein pensionierter hochrangiger Beamter, der Chinas Immobilienreformen der 1990er Jahre mitplante, dass eine Freigabe des Landverkaufs Chinas BIP-Wachstum für die nächsten zwei Dekaden auf jährlich 8 Prozent anheben könnte. Dies wäre eine massive Belebung des Wirtschaftswachstums, das im letzten Jahr bei lediglich 5,2 Prozent lag.



China – Report

März 2024

Auch gesellschaftlich könnte eine Reform massive Vorteile bringen, sind die Befürworter überzeugt, da sie das riesige Einkommens- und Besitzgefälle zwischen der städtischen und der ländlichen Bevölkerung verringern könnte. Während der Reichtum großer städtischer Bevölkerungsgruppen auf den Wertsteigerungen ihrer Immobilien beruht, ist der ländlichen Bevölkerung dieser Weg bislang verwehrt.

Auf der Gegenseite wird befürchtet, dass bei einer Öffnung des Marktes Chinas ländliche Bevölkerung leiden würde. So führt beispielsweise Jin Chong, Kader in einem Dorf in der Nähe Shanghais das Land als Einkommenssicherung für Bauern an. Das Land sei für Migranten, die in den Städten auf Probleme stoßen, das letzte Stück Sicherheit. Auch Professor He Xuefeng, Direktor des Soziologieinstituts an der Wuhan University, betont, dass ein Belassen der jetzigen Situation soziale Stabilität im ganzen Land garantiere, welche durch Reformen gefährdet würde.

In Chinas politischer Landschaft scheint zumindest das Gehör für Forderungen nach Landreformen zu wachsen. So sagte beispielsweise Präsident Xi Jinping im letzten Monat während eines Treffens mit den höchsten Bürokraten des Landes zum Thema Landreform, dass Reformmaßnahmen dringend nötig seien und von der Regierung in Tiefe analysiert werden müssten. Für Wang Huiyao, Gründer des in Beijing angesiedelten Thinktanks Centre for China and Globalisation, sind die Kommentare der Staatsspitze ein Zeichen, dass Bewegung in die Debatte gekommen ist. Mit der Verlangsamung des Wachstums werde man sich in China der Bedeutung solcher Reformen nun bewusst, so Wang.

Informationen zu unserem Fonds „FIVV-MIC-Mandat-Asien“ erhalten Sie [hier](#).

Kontakt:

FIVV AG
Herterichstraße 101
Telefon +49 89 374100-0
Telefax +49 89 374100-100
www.fivv.de

Hinweis:

Die vorstehenden Informationen sind sorgfältig erarbeitet. Wir übernehmen jedoch keine Gewähr für die Vollständigkeit, Richtigkeit, Genauigkeit der Angaben oder der Eignung für einen bestimmten Zweck. Insbesondere übernehmen wir keine Gewähr für den Eintritt unserer Prognosen. Die Informationen einschließlich unserer Prognosen dienen lediglich Ihrer Information und stellen keine Anlageberatung, Empfehlung oder Aufforderung zum Kauf oder Verkauf von Anteilen oder zum Abschluss anderweitiger Anlagegeschäfte dar. Die geäußerten Meinungen bzw. Prognosen geben unsere derzeitige Einschätzung wieder und können sich jederzeit ohne vorherige Ankündigung ändern. Historische Wertentwicklungen lassen keine Rückschlüsse auf eine ähnliche Entwicklung in der Zukunft zu. Diese ist nicht prognostizierbar. Alleinige Grundlage für den Anteilserwerb sind die Verkaufsunterlagen zu den entsprechenden Fonds. Verkaufsunterlagen zu allen FIVV-MIC-Mandat-Fonds der Universal Investment GmbH sind kostenlos beim zuständigen Vermittler, der Depotbank des Fonds oder bei der Universal Investment GmbH sowie im Internet unter www.universal-investment.com erhältlich. Änderungen vorbehalten. Änderungen des Marktberichts oder dessen Inhalts bedürfen der vorherigen ausdrücklichen Erlaubnis des/der Verfasser(s). Dieser Marktbericht wird eventuell nicht regelmäßig erstellt. Er kann unter Umständen auch situativ bereitgestellt werden. Dies ist unter anderem von der Marktsituation abhängig.